

So haben die Parteien auf den Wahlprüfstein der Initiative "pro AGB-Recht" zur Bundestagswahl 2013 geantwortet:

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis90/Grüne	Die Linke
1. Stimmen Sie zu, dass unfaire Vertragsbedingungen auch künftig nicht verwendet werden dürfen?			Ja, denn das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen hat die Aufgabe dafür zu sorgen, dass Partner auf Augenhöhe miteinander verhandeln können	Das AGB-Recht sollte in seiner geltenden Form erhalten bleiben.	
2. Stimmen Sie zu, dass die heutige AGB-Kontrolle unerlässlich ist, um insbesondere kleine und mittelständische Unternehmer vor unfairen Vertragsbedingungen zu schützen?	[...], so können CDU und CSU derzeit keinen Bedarf für eine Änderung dieser Vorschriften erkennen.	Die SPD teilt die Ansicht der Initiative „pro AGB-Recht“, dass das AGB-Recht einen interessengerechten Ausgleich für alle Teilnehmer am Rechtsverkehr bietet und sich bewährt hat.	Recht muss sich aber auch entwickeln können. Dabei müssen wir anerkennen, dass heutzutage immer mehr große Unternehmen[...]immer mehr Verträge nach englischem, US-amerikanischem oder Schweizer Recht schließen. [...]Bei einer Modernisierung des AGB-Rechts müssen die schutzwürdigen Interessen des Mittelstandes bewahrt werden	[...], bedarf es gesetzlicher Grundlagen wie dem AGB-Recht, um insbesondere kleinere und mittelständische Unternehmen vor Übervorteilung zu schützen.	[Zu den Reformbestrebungen:] Mit der Linken wird es ein solches Vorhaben nicht geben!
3. Stimmen Sie zu, dass durch die Hintertür des Europarechts – und insbesondere durch ein „Gemeinsames Europäisches Kaufrecht“ – das deutsche AGB-Recht keinesfalls „aufgeweicht“ oder umgangen werden darf?	Dementsprechend wollen wir, dass auch durch die Umsetzung europäischer Vorgaben diese gesetzlichen Vorschriften nicht geändert werden.	Eine Aufweichung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen auch im Rahmen eines möglichen Gemeinsamen EU-Kaufrechts werden wir verhindern.	Der Verordnungsvorschlag zum EU Kaufrecht bringt keine spürbaren Vorteile für Verbraucher oder Unternehmer.	Insbesondere im Bereich der AGB-Kontrolle fehlt eine Abstimmung der Regelungen untereinander. Daher lehnen wir diese Regelungen im europäischen Vorschlag ab.	Wir lehnen die Bemühungen der Kommission für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht ab.